

Blick in die Zeitschriften

Autor(en): **Fabian, Walter**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **38 (1959)**

Heft 12

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Erwartungen übersteigen. Politisch am bedeutungsvollsten war natürlich der Besuch in Indien, und die Gespräche zwischen Nehru und Eisenhower werden sich bestimmt nicht in Höflichkeitsfloskeln erschöpft haben. Die Annäherung zwischen Indien und den USA, die durch die Vorgänge im Tibet und die chinesisch-indischen Grenzkonflikte eingeleitet wurde, dürfte ein gutes Stück weitergekommen sein, obschon die Haltung der beiden Mächte gegenüber dem kommunistischen China grundsätzlich verschieden ist. — Am 19. Dezember wird Präsident Eisenhower in Paris mit den Regierungschefs von England, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland zu einem westlichen Gipfeltreffen zusammenkommen; bei diesen Besprechungen werden das Gipfeltreffen mit der Sowjetunion (man spricht vom 27. April 1960), die NATO-Politik und Probleme der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (EWG und Freihandelszone) im Vordergrund stehen. *B. H.*

Blick in die Zeitschriften

«Muß eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben zwangsläufig zu Krise und Massenarbeitslosigkeit führen?» Diese Frage untersucht außerordentlich gewissenhaft Dr. *Theodor Prager* in einem Aufsatz «Abrüstung und Krisenangst», der im Dezemberheft der Zeitschrift «*Arbeit und Wirtschaft*» erschienen ist, die vom Österreichischen Arbeiterkammertag gemeinsam mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund herausgegeben wird.

Dr. Prager zeigt zunächst an einigen Beispielen, daß eine Kürzung der Rüstungsausgaben durchaus nicht eine Krise auslösen muß — und daß umgekehrt eine Krise sehr wohl kommen kann, auch wenn die Rüstungsausgaben nicht gekürzt werden, ja sogar bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Rüstungsausgaben: «Rüstung schützt vor Krise nicht.» Rüstung — so fährt Dr. Prager in seiner Beweisführung fort — ist konjunktur-, aber auch krisenfördernd.

Dann umschreibt er den anderen Weg: «*Abrüsten ist ökonomisch.* Eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben ist nicht nur notwendig zur Verminderung der Kriegsgefahr, sondern auch, damit Hilfsquellen für andere, bessere Zwecke freigesetzt werden können: für die Beseitigung des Elends, die Hebung des Wohlstands, für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte, für soziale und kulturelle Zwecke aller Art. Aber wie soll das geschehen, wie soll vermieden werden, daß die Abrüstung einfach zur Brachlegung der freigewordenen Mittel und Hilfsquellen führt? In erster Linie durch eine ausgiebige Erhöhung der produktiven und Sozialausgaben des Staates. Nicht notwendigerweise im vollen Ausmaß der eingesparten Rüstungsausgaben. Diese werden heute zu einem großen Teil durch Massensteuern aller Art hereingebracht. Eine Ermäßigung dieser Steuern würde sofort und unmittelbar die verfügbaren Einkommen der Steuerzahler erhöhen und ebenso unmittelbar für Konsumausgaben verwendet werden. Die Konsumgüterindustrien wären besser ausgelastet und würden mehr investieren.»

«Eine ähnliche Wirkung», fährt Dr. Prager fort, «würde von der Erhöhung der Sozialausgaben des Staates ausgehen in Gestalt höherer Zuwendungen an Rentner, Arbeitslose, Kriegsveteranen usw. Die Förderung des Wohnungsbaues durch staatliche Zinsenzuschüsse und ähnliche Subventionen würde die Bauwirtschaft stützen und beleben. Ebenso die stärkere Beteiligung der lokalen Körperschaften mit Mitteln zum Bau von Schulen, Spitälern usw. Die Verbesserung und Ausgestaltung des Verkehrswesens,

der Straßen, Untergrund- und Schnellbahnen, der Hafenanlagen usw. erfordert riesige Mittel und ist ein dringendes Bedürfnis, Staudämme, Elektrizitätswerke, Bekämpfung der Bodenerosion, Aufforstung usw. geben ein großes und fruchtbares Feld für produktive Investitionen ab. — Alles das gibt es natürlich bereits, aber in viel zu geringem Ausmaß. Nicht nur in Österreich, auch in den USA klagen die zivilen Ressorts über Mangel an Mitteln, um auch nur die dringendsten Vorhaben durchzuführen.»

Dann fragt Dr. Prager: «Würde aber auch die großzügigste Inangriffnahme solcher Projekte ausreichen, um eine Krise abzuwenden, um den unmittelbaren Schock einer drastischen Verminderung der Rüstungsausgaben abzufangen?» Hier knüpft der Verfasser an der Erfahrung des Roosevelt'schen *New Deal* der dreißiger Jahre an. Nach kritischer Durchleuchtung der Schwächen des *New Deal*, die vor allem «in seinen unzureichenden Ausmaßen» und darin lagen, daß man vor Maßnahmen gegen Preistreiberei und vor anderen Eingriffen in die Domänen des Großkapitals zurückschreckte, kommt Dr. Prager zu dem Ergebnis:

«Heute würde ein *New Deal* vom damaligen Ausmaß erst recht nicht ausreichen, um die amerikanische Wirtschaft auf vollen Touren zu halten. Es müßte schon ein *Hyper-New-Deal* sein, um die gewaltigen Rüstungsausgaben ersetzen zu können. Aber warum auch nicht? Warum sollten heute Staatsausgaben und Budgetdefizite für soziale und produktive Zwecke — notfalls auch für den Bau von Weltraumschiffen — schreckhafter sein als solche, die vorwiegend der Rüstungsfinanzierung dienen? Notabene, wo sich Straßen eher amortisieren als Militärstützpunkte, Schulen und Spitäler eher als Schießplätze, Röntgenapparate eher als Radargeräte (und auch Mondraketen noch immer eher als Raketenwaffen!) ...»

In einem nächsten Kapitel unter dem Titel «*Ein neuer Investitionsstachel*» wendet sich Dr. Prager gegen die Ansicht, die Wirtschaft der USA sei bereits weitgehend «saturiert» und die Triebkräfte für weiteres Wachstum erschlaft. Im Gegenteil: «Die fortschreitende Monopolisierung hat die industrielle Forschungs- und Entwicklungstätigkeit eher gefördert, und die Konkurrenz der Konzerne untereinander (eine monopolistische, aber deswegen nicht weniger intensive Konkurrenz) sorgt auch für die Auswertung und Anwendung der neuen Verfahren. Dazu kommt die massive wirtschaftliche Herausforderung der Sowjetunion, die neue Konkurrenz der Systeme — nicht zuletzt auch um Ansehen und Geltung in den sogenannten unterentwickelten Ländern, die sich als mächtiger Stimulus zu erweisen beginnt und das anscheinend saturierte Amerika zu neuen Anstrengungen und Leistungen gerade auf solchen Gebieten anspornt, wo es bisher unangefochten die Führung einnahm: in Produktionstechnik und Lebensstandard... Ein neuer Nachholbedarf ist entstanden, der sich der Natur der Sache nach ständig erneuern und massive Investitionen nach sich ziehen wird. Gewiß kann man sich nicht darauf verlassen, daß deswegen die Konzerne spontan, von sich aus, im nötigen Ausmaß investieren werden. Sie taten es auch bisher nur mit umfassender staatlicher Hilfe, mittels riesiger Steuerbegünstigungen, Risikogarantien und allerhand versteckter Zuwendungen und Subventionen. In Hinkunft, und in Ermangelung entsprechender Rüstungsaufträge, wird der Staat vielleicht noch mehr tun müssen — bis zu dem Zeitpunkt, wo (per impossibile) die Überzeugung sich auch in den USA durchsetzt, daß die *Verstaatlichung der Schlüsselindustrien* rationeller ist und billiger kommt ...»

«Für uns in *Europa* liegen die Dinge einfacher», sagt Dr. Prager abschließend: «Hier ist die Rüstung schon die längste Zeit ein Mühlstein um den Hals der Wirtschaft. Wieviel mehr könnte England für die Neuausrüstung seiner von der Konkurrenz bedrängten Industrie, wieviel mehr könnte Italien für seinen unterentwickelten Süden, wieviel mehr könnten Frankreich, Österreich und Westdeutschland für Wohnbau, Verkehrs-, Gesundheits-, Erziehungswesen tun, wenn man sich die Rüstung ersparen könnte. Hier gibt es aber auch gewisse strukturelle Unterschiede gegenüber den USA, die das Problem ver-

einfachen würden, wie zum Beispiel die Verstaatlichung bedeutender Teile der Grundstoff- und Schwerindustrie, des Verkehrswesens usw., die eine langfristige und planmäßige Investitionspolitik viel eher gestatten und — man möchte hoffen — auch weniger Widerstand gegen die Streichung von ebenso einträglichen wie kostspieligen Rüstungsaufträgen erwarten lassen. Aber das gehört schon auf ein anderes Blatt.»

*

Unter dem Titel «Der legale Handstreich» äußert sich das von *Hanns Lilje* herausgegebene Hamburger «*Sonntagsblatt*» im Leitartikel der Nr. 50 zu der jüngsten Aktion der Großaktionäre *Flick* und *Stinnes*, die «sich der freien Aktionäre in der Feldmühle Aktiengesellschaft entledigten und in Zukunft in diesem Unternehmen allein herrschen werden»:

«*Flick* und *Stinnes* haben das Umwandlungssteuergesetz in Verbindung mit dem Aktiengesetz bis zur letzten Konsequenz ausgenutzt. Man kann ihnen schlecht vorwerfen, daß sie sich wirtschaftliche Großherzogtümer schaffen, in denen sie allein herrschen wollen, denn der Gesetzgeber selbst öffnet ihnen Tür und Tor dazu ... Genau zur gleichen Zeit, in der die größte Regierungspartei und die Bundesregierung alle Anstrengungen machen, das Eigentum breit zu streuen, vollzieht sich unter dem Schutz von Gesetzen, die dieselbe Regierungspartei beschlossen hat, eine *Besitzkonzentration größten Ausmaßes*. Aktien, die bisher in den Händen einer — wenn auch einflußlosen — Minderheit waren, wandern nun in die Portefeuilles zweier Großaktionäre. Das geschieht in einer Zeit, in der die Volksaktie propagiert, die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht bekämpft und eine Aktienrechtsreform vorbereitet wird, die dem Kleinaktionär mehr Rechte einräumen soll. Inzwischen ist der Kleinaktionär, das lehrte auch seine Ausbootung bei *Knorr* in Heilbronn, eifrig auf dem Rückzug.

Wunsch und Wirklichkeit klaffen wieder einmal weit auseinander. Die Abgeordneten kämpfen sich mühsam von Gesetz zu Gesetz durch. Ihr Pensum ist wahrlich nicht klein. Aber es scheint, als fehle ihnen das Konzept, in das sich alle ihre Beschlüsse widerspruchslos einfügen.»

*

Die in Hamburg erscheinende unabhängige Wochenschrift «*Neue Politik*» veröffentlicht in Nr. 50 einen scharfen Artikel über «Die Schuld der Gerstenmaier», das heißt über das klägliche Versagen der an sich einsichtigen Politiker in der regierenden Partei der Bundesrepublik. Abschließend heißt es:

«Und jetzt schweigen die Löwen. Der Gang der Ereignisse hat ihnen den Atem verschlagen. Unterdessen schmieden *Adenauer*, *Strauß* und *Schröder* ihren christlichen Autoritätsstaat, der sich für das allein echte und wahrhaftige Deutschland ausgibt und sich durch die Ereignisse, die er zum großen Teil selbst herbeigeführt hat, bestätigt sieht. Genau wie *Ulbricht* auf der anderen Seite!

Gewiß — *Erhard*, *Gerstenmaier* und die anderen ‚vernünftigen Köpfe‘ der CDU haben es nicht gewollt, wie einst *Wilhelm II.* Sie haben es aber auch nicht verhindert.»

Und treffend zitiert das ganz und gar nicht sozialistische Blatt in diesem Zusammenhang die folgenden Sätze von *Friedrich Engels*: «Sämtlichen in Deutschland herrschenden Klassen ist der letzte Rest von Energie so sehr abhanden gekommen, daß der einzige Mann unter ihnen, der wirklich noch einen Willen hat, eben dadurch zu ihrem größten Mann und zum Tyrannen über sie alle geworden ist, vor dem sie wider besseres Wissen und Gewissen, wie sie selbst es nennen, bereitwilligst über den Stock springen.»

*

Die Zeitschrift «*Das Mitbestimmungsgespräch*» (Düsseldorf) veröffentlicht in ihrem November/Dezember-Heft die drei wichtigen Vorträge, die auf der Veranstaltung der Hans-Böckler-Gesellschaft am 28. Oktober 1959 im Landtag zu Düsseldorf gehalten wurden. Prof. Dr. *Carlo Schmid* sprach dort über «Demokratie und Mitbestimmung», Dr.

Peter von Oertzen über «Der Mitbestimmungsgedanke in der deutschen Arbeiterbewegung» und *Dr. Erik Boettcher* über «Der moderne Arbeitnehmer und die Mitbestimmung». Es ist sehr zu begrüßen, daß wir jetzt diese ungemein anregenden Referate in Ruhe nachlesen können. Ein Bericht über ein Wochenseminar der Stiftung Mitbestimmung und ein weiterer über die Mitgliederversammlung 1959 der Hans-Böckler-Gesellschaft runden das Heft ab.

Die deutschen Konsumgenossenschaften haben eine großangelegte *Hilfsaktion für Indien begonnen*. In diesem Zusammenhang ist Nr. 47 der in Hamburg erscheinenden Konsumgenossenschaftlichen Rundschau «*Der Verbraucher*» sowohl der näheren Erläuterung dieser Hilfsaktion wie der Rolle der Genossenschaften in Indien gewidmet. Daß die Konsumgenossenschaften sich überhaupt in verstärktem Maße den Problemen der Entwicklungsländer zuwenden, beweist auch Nr. 48 des «*Verbrauchers*»; dort berichtet Prof. Dr. *Egner* über das Genossenschaftswesen in *Peru*.

Jürgen Seifert, Arno Klönne und Michael Vester haben mit der Herausgabe einer Zeitschrift «*Pläne*» begonnen, die Materialien zur Meinungsbildung über kulturelle und politische Fragen veröffentlichen will. Die erste Nummer enthält eine Reihe interessanter Untersuchungen und Informationen über politische Schülerarbeit, Praxis der Gegenwartskunde, «Die Freiheit der Jugendverbände und das öffentliche Geld» u. a. (Pläne-Presse Michael Vester, Hamburg, Schlüterstraße 58). *Walter Fabian*

GEDANKEN UND SPLITTER

In der «Tat» vom 12. Dezember war folgende bemerkenswerte Feststellung zur Mietzinskontrolle zu lesen:

«Gerade die heutige Situation auf dem Wohnungssektor zeigt mit aller Deutlichkeit, wie die *freie Wirtschaft nicht in allen Fällen* unbedingt und ausschließlich der *Weisheit letzter Schluß ist*, und zwar dann nicht, wenn in Tat und Wahrheit gar keine liberalen wirtschaftlichen Verhältnisse bestehen und der *freie Markt durch ein Monopol verewaltigt wird*. Kein Mensch wird bestreiten wollen, daß wir justament diesen Zustand auf unserem Wohnungsmarkt haben. Bei einem Leerwohnungsbestand von 0,01 Prozent (Stand am 1. Dezember 1959 der Stadt Zürich, von 141 760 Wohnungen 13 leer!) ist das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage derart gestört, das heißt auf der Ebene der Nachfrage derart überzogen, daß die Freiheit von Mietzinskontrolle und Mieterschutz nur Diktat heißt, ausgeübt durch die Hausbesitzer.» «Die ungelegene Liquidation einer kriegswirtschaftlichen Maßnahme, bei der *grosso modo* außer einigen Extremisten alle zufrieden waren, mit der Gefährdung des sozialen Gefüges erkaufen zu wollen, erscheint uns in höchstem Maße unangezeigt, dies auch deshalb, weil die freie Marktwirtschaft jedenfalls bei der heutigen Wohnungssituation einfach auf einer Fiktion beruht, und weil ein diesbezügliches Fallenlassen der Mietpreiskontrolle anstelle von liberalistischen Auswirkungen mit aller Bestimmtheit *monopolistische Auswüchse* zur Folge haben würde.»